№ 86
B 43
Abend-Ausgabe

Berlin

Dienstag, 20. Februar 1923

# Vossische Zeitung

Gegründet 1704

100 Mark

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur für Anzeigen u. Handelsteil: Jul. Elkan, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 3600—3657; für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3695. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 659.

## Der Mißerfolg der Ruhraktion.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

wf **Paris**, 20. Februar.

Die offiziösen Versicherungen, daß es Poincaré in der gestrigen Ausschußsitzung „gelungen sei, die Sorgen der Ausschußmitglieder wegen der Ruhraktion zu beschwichtigen", werden in französischen politischen Kreisen mit Achselzucken abgetan. Allem Anschein nach haben die meisten Teilnehmer an der Sitzung den Eindruck gewonnen, daß die Angaben des Ministerpräsidenten den Mißerfolg der Ruhraktion im vollen Umfange bestätigen. Dabei sind viele Fragen, die den Ausschuß besorgt stimmten, bis jetzt noch nicht berührt worden.

Die meisten Ausschußmitglieder haben nach der Sitzung jede Auskunft abgelehnt. Tardieu beschränkte sich darauf, den Pressevertretern, die ihn mit Fragen bestürmten, zu erwidern: „Die Unterhaltung ist noch nicht zu Ende." Ein anderer Abgeordneter antwortete auf die Frage, was in der Sitzung vorgegangen sei, unter Hinweis auf die von Poincaré verlesenen Aktenstücke, lächelnd: „Nichts! 15 Kilogramm Papier!" Auch Poincaré hatte natürlich nach der Sitzung den Ansturm der Pressevertreter zu überstehen. Er lehnte jede Mitteilung mit dem Bemerken ab, daß alle Teilnehmer an der Sitzung sich zum Schweigen verpflichtet hätten. Poincaré wurde dann gefragt, ob es richtig sei, daß er diese und jene Angaben gemacht habe. Es handelt sich dabei um die Ziffern, die durch einen Abgeordneten gleich nach der Sitzung bekannt geworden sind. Poincaré geriet in großen Zorn, als er hörte, daß trotz dem Schweigegebot Indiskretionen begangen wurden. Er versicherte den Pressevertretern, die Ziffern seien „falsch". Er habe über heupt keine Ziffern mitgeteilt, und nach dieser Verletzung der Schweigepflicht würde er nicht mehr vor dem Ausschuß erscheinen.

Die bekanntgewordenen Ziffern sind heute früh von den meisten Blättern veröffentlicht worden. In diesen Veröffentlichungen finden sich aber Abweichungen, die beweisen, daß die Zahlen mit einer gewissen Vorsicht aufgenommen werden müssen, da Irrtümer nicht ausgeschlossen sind. So wird die Kohlenmenge, die seit der Ruhraktion nach Frankreich geschafft wurde, von den einen auf 1026 „Züge", von den anderen auf 1023 „Waggons" geschätzt, von wenigen sogar auf 1023 „Tonnen" angegeben. Nach meinen Informationen hat Poincaré von 1026 „Eisenbahnwagen" gesprochen. (Das wären 10 260 Tonnen. D. Red.)

Tardieu protestiert im „Echo National" scharf gegen das Kommuniqué, das der Ausschußvorsitzende Leygues nach der Sitzung der Presse zugestellt hat. Er betont, daß, wenn Leygues in seinem Kommuniqué von „vorsichtigen und entschlossenen Methoden" der Regierung gesprochen habe, er vom Ausschuß gar nicht beauftragt worden war, in irgendeiner Form eine Billigung der Regierungspolitik oder überhaupt nur einen Wunsch darüber zu äußern. Tardieu erklärt, der Ausschuß habe bis jetzt zu den Mitteilungen Poincarés überhaupt nicht Stellung genommen. In den Schlußsätzen des gestrigen Kommuniqués komme also nur die Privatansicht des Herrn Leygues zum Ausdruck.

Für die heute beginnende Kammerdebatte über den Fehlbetrag im Budget ist eine große Zahl von Rednern vorgemerkt. Man erwartet eine lebhafte Diskussion. Die Debatte wird sich um den Antrag des Finanzministers auf Erhebung eines Steuerzuschlags in Höhe von zwei Zehnteln zum Ausgleich des Budgets und um einen Gegenantrag des Finanzausschusses drehen.

Tardieu führt im Leitartikel des „Echo National" aus, die heutige Debatte sei die Strafe dafür, daß Regierung und Parlament drei Jahre hindurch „die Rechte Frankreichs nicht genug gewahrt" hätten. Tardieu betont, daß die Vorlage des Finanzministers einen Betrag von 3 151 000 000 Francs und das Projekt des Finanzausschusses nur einen Betrag von 2 935 000 000 Francs vorsehe, während der zu beseitigende Fehlbetrag in Wirklichkeit 3 700 000 000 Francs vorsehe. Er sieu erklärt, weder der Finanzminister noch der Ausschuß selbst hätten sich ernstlich um die Beseitigung des Defizits bemüht, weil der Finanzausschuß des Senats sich geweigert habe, et e Budgetvorlage mit e tem Fehlbetrag überhaupt zu prüfen. Tardieu scheint davon überzeugt, daß aus der heute beginnenden Debatte nichts herauskommt, da die beiden zur Diskussion gestellten Anträge nicht angenommen werden würden und die Regierung entschlossen schein, die Diskussion in keiner Weise zu leiten und etwa die Vertrauensfrage zu stellen. Tardieu glaubt, daß die Diskussion „lang und belitat sein werde".

**Paris**, 20. Februar. (W. T. B.)

Poincaré wird seine Exposé über die Ruhrbesetzung am kommenden Montag vollenden und alsdann über die Friedenskonferenz von Lausanne sowie über die französische Orientpolitik sprechen. Sollte er in dieser Sitzung mit seinen Ausführungen nicht zu Ende kommen, so wird der Ausschuß am darauffolgenden Mittwoch wieder zusammentreten.

*

Ueber die Lage im französischen Bergbau macht das französische Ministerium für öffentliche Arbeiten Angaben, wonach in den Departements Nord und Pas de Calais am Vormittag eine „ausgesprochene Besserung" zu verzeichnen gewesen sei. Im Loire-Departement sei die Lage unverändert, jedoch eine Arbeitsaufnahme in sehr geringem Umfang in Firminy zu verzeichnen. In den Departements Aveyron und Tarn werde voll gearbeitet. Im Departement Gard sei die Lage unverändert, desgleichen in Lothringen (der Bericht sagt: „Moseldepartement").

## Große Mehrheit für Bonar Law.

### Ablehnung des liberalen Interventions-Antrags.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung."

* **London**, 20. Februar.

**Der gemeinsame Antrag der Lloyd George- und der Asquith-Partei ist vom Unterhaus mit der unerwartet großen Mehrheit von 305 gegen 196 Stimmen abgelehnt worden.** Der Antrag ging dahin, daß der Völkerbund ersucht werden soll, eine Kommission von Sachverständigen zu ernennen, um über die Fähigkeit Deutschlands, Reparationen zu zahlen, Bericht zu erstatten. Desgleichen über die beste Art, die Zahlungen zu verwirklichen. Auch sollte ersucht werden, die Vereinigten Staaten zu bewegen, sich in der Kommission vertreten zu lassen.

Lloyd George, der mit großer Entschiedenheit für den Antrag eintrat, hatte nachdrücklich betont, daß die liberale Resolution keineswegs ein Mißtrauensvotum für die Regierung bedeuten solle. Er schlage nicht vor, auch nur ein Wort der Kritik gegen irgendeine von dem ersten Minister unternommene Handlung zu äußern, da er wisse, mit welchen Schwierigkeiten dieser zu kämpfen habe. Trotzdem schlug die Hoffnung, einen Teil der früher mit Lloyd George verbündeten Unionisten herüberzuziehen, fehl.

Lord Robert Cecil, der Vorkämpfer des Völkerbundgedankens, sprach sich ausdrücklich gegen den Antrag aus und trug dadurch wesentlich dazu bei, daß die Mehrheit für die Regierungspolitik so imposant ausfiel. Die liberale Presse äußert über dieses Verhalten Cecils lebhafte Verstimmung. So schreibt die „Westminster-Gazette", seine Teilnahme an der gestrigen Debatte habe überrascht und enttäuscht. Offenkundig verärgert fügt das liberale Blatt hinzu, die Regierung habe sich anscheinend endgültig entschlossen, Cecil zum britischen Vertreter im Völkerbund zu ernennen. Wenn dem so sei, so wäre sein Bestreben, sich hinter die Regierung zu stellen, statt hinter den liberalen Antrag auf Anrufung des Völkerbundes, wohl erklärlich. So die „Westminster-Gazette", die Asquith nahesteht. Fast noch bitterer äußert sich Lloyd Georges „Daily Chronicle", die eine Zuschrift aus parlamentarischen Kreisen veröffentlicht, wonach die opportunistische Haltung Cecils bei den Liberalen und Arbeitermitgliedern Bestürzung und Enttäuschung hervorgerufen habe. Das Vertrauen in seine offizielle Verbindung mit dem Völkerbund werde sehr erschüttert werden. Denn er habe sich in erster Linie als konservativer Parteipolitiker erwiesen, statt als europäischer Staatsmann.

Mit der Regierung stimmten auch Chamberlain, Sir Robert Horne, der frühere Schatzkanzler, und der frühere Generalstaatsanwalt Pollock, die Lloyd Georges Mitarbeiter in seinem Kabinett gewesen waren. Laut „Daily News" verlautet von unionistischer Seite, daß die Rückkehr Chamberlains wie auch Hornes auf die Ministerbank bevorstehe, da die Regierung im Augenblick die Unterstützung der vormaligen Minister sehr brauche. Auch für Lord Robert Cecil werde die Uebertragung eines Regierungsamtes allgemein vorausgesehen.

Der äußere Eindruck der Regierungsmehrheit wurde noch dadurch vergrößert, das sich etwa zwanzig Abgeordnete der Arbeiterparteien der Abstimmung enthielten, vielleicht als Revanche dafür, daß bei der Abstimmung über ihren Antrag Lloyd George und ein Teil seiner Anhänger die gleiche Enthaltsamkeit geübt hatten. Den Abschluß der gemeinsamen Kampagne der Nationalliberalen und unabhängigen Liberalen bildet ein Austausch von Höflichkeiten zwischen den beiden Flügeln, die sich immerhin einander beträchtlich genähert haben. So erklärt das führende Asquith-Organ, die Rede Lloyd Georges finde die allgemeine Zustimmung der Liberalen. Das Lob wird allerdings durch einen Tropfen Zyanke verbittert. Es wird, so fährt nämlich das Blatt fort, nur bedauert, daß Lloyd George die Rede nicht bereits vor zwei Jahren gehalten habe.....

**Vor der Abstimmung sprach noch einmal Bonar Law. Der Ministerpräsident sagte, die Lage habe sich nicht erst in der letzten Zeit so verwickelt gestaltet. Lloyd George habe selbst vor zwei Jahren vorgeschlagen, das Ruhrgebiet zu besetzen für den Fall, daß Deutschland nicht zahle. Warum habe er jetzt seine Meinung so vollkommen geändert? Bonar Law erinnerte daran, daß die Mißstimmung zwischen Frankreich und England aus der Ministerzeit Lord Georges herrühre. Lloyd George habe selbst erklärt, im Anfang letzten Jahres sei er es gewesen, der Frankreich vorgeschlagen habe, die ganze Lage vor den Völkerbund zu bringen. Frankreich wollte aber schon damals nicht. Nachdem es bereits letztes Jahr nicht gewollt, wie könne man annehmen, daß es nun wolle, nachdem es sich schon soweit vorgewagt habe.**

### Keine Intervention.

Zu der Frage einer Intervention erklärte der Ministerpräsident, die Ansicht der Regierung gehe dahin, daß die französische Aktion an der Ruhr schlimm sei und nichts anderes als schlimme Folgen zeitigen könne. Der Unterschied zwischen der Regierung und der Opposition sei, daß die Regierung, wenn sie auch anderer Ansicht sei als Frankreich, doch nicht glaube, daß es den britischen Interessen oder den Interessen der Welt zum Nutzen gereichen würde, wenn sie gegenüber Frankreich eine antagonistische Haltung einnähme. Er behaupte nicht, daß ihm die Lage gefalle, die entstanden sei. Aber in welcher Weise werde sie verbessert, wenn zu den anderen Gefahren, die Europa bedrohten, noch das Bewußtsein hinzutrete, daß England endgültig eine feindliche Haltung gegenüber Frankreich einnehme? Er glaube nicht, daß die Haltung Deutschlands anders gewesen wäre, wenn England sich Frankreich angeschlossen hätte. Der deutsche Widerstand beruhe auf der Ueberzeugung, daß die „Sanktionen" um unerfüllbarer Forderungen willen Deutschland auferlegt wurden. Verzweiflung habe die Deutschen veranlaßt, diese Haltung einzunehmen.

**Bonar Law betonte, daß Poincaré in dieser Angelegenheit der korrekte Vertreter der Auffassung beider französischer Kammern sei, die nicht vor Ablauf von zwölf Monaten aufgelöst werden würden. Die wesentlichste Frage, die sich des Haus vor Augen halten müsse, sei, ob irgendeine Intervention zweckmäßig sein würde oder nicht. Poincaré habe, wie erwähnt, eine Intervention des Völkerbundes im August abgelehnt, und die englische Regierung wisse, daß ein derartiger Vorschlag jetzt von Frankreich als ein äußerst feindlicher Akt angesehen werden würde. Angesichts der Feindseligkeit Frankreichs und der wahrscheinlichen Feindseligkeit Belgiens und Italiens würde ein solcher Vorschlag den Ruin des Völkerbundes bedeuten.**

**Kein Vertreter der amerikanischen Regierung habe schriftlich oder mündlich etwas verlauten lassen, das darauf hindeute, daß Amerika geneigt sei, bei den europäischen Streitigkeiten zu intervenieren.**

**Bonar Law schloß, er wisse nicht, wann der Augenblick für eine Intervention kommen könne. Bisher sei er jedenfalls nicht gekommen, und es sei eine bessere Politik, hoffnungsvoll darauf zu warten, daß sich eine Gelegenheit bieten möchte, als zu intervenieren. Er wolle noch einmal wiederholen, daß die Regierung zu der Schlußfolgerung gelangt sei, daß es im Interesse der Einheit liege, die britischen Truppen solange wie möglich in Deutschland zu belassen. Ihre Zurückziehung würde ein ernster Schritt sein, der die Beibehaltung der Entente schwieriger gestalten würde als bisher.**

*

Der Sinn der englischen Politik ist offenbar der, dem Ringkampf ruhig abwartend zuzusehen, ohne sich irgendwie zu beteiligen, dieser Selbstzerfleischung des Kontinents ein Ende zu bereiten. Die Gefahr dieser Politik des Abwartens ist für England unter allen Umständen geringer als für die Nächstbeteiligten.

### Frankreichs „freie Hand".

**Paris**, 20. Februar. (W. T. B.)

Zu den Verhandlungen im englischen Unterhause über die französische Ruhrbesetzung schreibt „Echo de Paris": „Müde des wiederholten Versagens des gegenüber Deutschland seit 1918 angewandten Kollektivverfahrens, eines Versagens, das darin seine Ursache hatte, daß diese Methode mit der Verwendung des unerläßlichen Zwanges

unvereinbar war, werden wir es niemand gestatten, uns auf den alten Weg zurückzudrängen, den wir mit vieler Mühe verlassen haben. Wir treiben unsere gerechtfertigten Ansprüche soweit, daß wir im Hinblick auf eine endgültige Auslegung des Friedensvertrages zur gegebenen Stunde mit Deutschland Verhandlungen einleiten können, die von der Intervention einer dritten Macht völlig unabhängig sind, was allerdings nicht besagen will, daß wir den englischen Interessen nicht Rechnung trügen, und daß wir ihnen nicht Gelegenheit geben würden, zum Ausdruck zu gelangen. Wir wollen wohl unsere Sache derjenigen Großbritanniens anpassen, aber sowohl in der Aufstellung wie in der praktischen Durchführung des Friedensvertrages hat die Kollektivmethode ihre Probe nicht bestanden, und wir haben sie fort.

## Amerikas Zurückhaltung.

Drahtmeldung.

**London**, 19. Februar.

Reuter meldet aus Washington: Heute ist hier erklärt worden: In Ermangelung von endgültigen Zusicherungen, daß eine amerikanische Intervention willkommen sein würde, werden die Vereinigten Staaten keinerlei Schritte in den europäischen Angelegenheiten unternehmen.

## Politische Tagesnachrichten.

**Marths Wiederwahl.**

Am Sonntag ist der Deckoffizier der Schwarzmeerflotte André Marty, der wegen Meuterei seit nahezu vier Jahren im Zuchthaus saß, wieder einmal zum Gemeinderat von Paris gewählt worden, und zwar gleich zweimal. Die Kommunisten haben bisher seine Wahl bereits achtzehnmal für alle möglichen Körperschaften durchgesetzt, ohne daß bisher seine Freilassung erfolgt ist. Die diesmalige Wahl wird von dem gemäßigt-sozialistischen Abgeordneten Compère-Morel als eine „Demonstration gegen die wahnsinnige Expedition nach dem Ruhrgebiet" angelegt.

**Frankreich und Sowjetrußland.**

Poincaré hat Vertreter der französischen Interessenten in Rußland empfangen, die sich darüber beschwerten, daß die Bolschewisten Waren französischer Eigentümer zum Verkauf nach Frankreich bringen könnten. Poincaré versicherte ausdrücklich, daß zwischen Frankreich und den Sowjets keine Annäherung möglich sei, solange die französischen Interessen in Rußland nicht geregelt seien. Die Zeitung „Excelsior" teilt im Zusammenhang damit mit, daß vor kurzer Zeit die Sowjetregierung durch eine ausländische Bank anfragen ließ, ob für die russische Staatsbank ein Konto bei der Bank von Frankreich errichtet werden könne. Poincaré habe darauf geantwortet, daß dies nur unter der Bedingung geschehen könne, daß das Konto ausschließlich für Geschäfte zweifelloserer Art benutzt werde.

**Abzug der Alliierten aus Memel.**

Sämtliche Kriegsschiffe der Alliierten haben im Laufe des Monats den Memeler Hafen verlassen.

**Gesellschaft für soziale Reform.**

An Stelle des vor einigen Wochen zurückgetretenen Geheimrats Hertner ist jetzt der frühere sächsische Gesandte in Berlin, Oberverwaltungsgerichtspräsident Wirklicher Geheimer Rat Dr. von Rostitz-Dresden, erster Vorsitzender der Gesellschaft für soziale Reform geworden. Stellvertretende Vorsitzende sind Exzellenz Philipp Stein-Frankfurt, der Präsident des Reichswirtschaftsrates Leipart und der frühere Reichspostminister Giesberts.

**Kundgebung von Wirtschaftsverbänden.**

Die Vereinigung der Fabrikanten und Großhändler der Textil- und verwandten Branchen, mit dem Sitz in Elberfeld, Aachen, Köln, Krefeld, M.-Gladbach und Rheydt, hat in einer Versammlung in Elberfeld eine große Kundgebung gegen den Gewaltakt der Invasion veranstaltet und gelobt, nach Kräften den bedrängten Brüdern des Ruhrgebiet in jeder Beziehung beizustehen.

## Die Kölner Verhandlungen.

Drahtmeldungen der „Vossischen Zeitung".

* **Paris**, 20. Februar.

Wie der „Petit Parisien" zu den Verhandlungen des Generals Payot mit General Godley in Köln mitteilt, haben die englischen Truppen begonnen, den Teil der englischen Zone, durch den die Linie Neuß—Düren führt, zu räumen. Ueber diesen Punkt herrscht also vollkommenes Einverständnis, und man will „umgehend" verfahren, die Linie Neuß—Düren für Kohlen- und Kokstransporte aus dem Ruhrgebiet zu benutzen. Im Gegensatz hierzu hätten die Kölner Besprechungen hinsichtlich der Benutzung der über Köln führenden Linien vorläufig zu keinem endgültigen Ergebnis geführt. Die französische Forderung, eine der drei über Köln führenden doppelspurigen Linien vollkommen zur Verfügung Frankreichs zu stellen, sei von den Engländern nicht angenommen worden. Diese hielten vielmehr ihr Angebot, eine bestimmte beschränkte Anzahl von Zügen über Köln zuzulassen, aufrecht. Die französische Regierung habe im Prinzip diesen englischen Vorschlag angenommen. Es handle sich jetzt darum, genau festzustellen, welche Anzahl Züge täglich auf den drei Linien verkehren würden. Es sei sehr schwer, diese Anzahl festzustellen, denn der französisch-belgische Verkehr auf diesen Linien sei kein regelmäßiger gewesen. Zu gewissen Zeiten sei er sehr schwach gewesen, zu anderen Zeiten, z. B. kurz vor dem 11. Januar, dagegen recht bedeutend. Zur Regelung dieser Frage und zur Organisierung der neuen Ordnung würden die Verhandlungen zwischen Payot und Godley fortgeführt.

hb **Köln**, 20. Februar.

Wie die „Cologne Post" mitteilt, ist der britische Oberkommandierende in Köln, Generalleutnant Godley, zum kommandierenden General ernannt worden.

## Postruhe in Mainz.

Bankbetrieb eingestellt.

**Mainz**, 20. Februar. (W. T. B.)

Die Post hat seit heute früh ihren Dienst eingestellt zum Protest gegen die gestern erfolgte Verhaftung und Ausweisung des Postdirektors Klingelhöffer. Diese soll, wie jetzt verlautet, in Zusammenhang stehen mit der vor einigen Tagen erfolgten Ausgabung von Geldern an die Eisenbahner durch die Post. Seit früh acht Uhr ist auch der Telephonverkehr eingestellt. Wie lange der Proteststreik andauern soll, war nicht zu erfahren, da sämtliche Aemter geschlossen und verlassen sind.

Die Banken in Mainz haben heute ihren Betrieb eingestellt, wie verlautet, infolge der gestern abend spät erfolgten Verhaftung des greisen Direktors der Mainzer Volksbank, die ebenfalls wegen der Auszahlung von Geldern an die Eisenbahner erfolgt sei.

## Kommunistische Rüstungen.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

ems **Essen**, 20. Februar.

Die Stadtverwaltung von Essen und die Gewerkschaften haben sich noch gestern abend mit dem preußischen Minister des Innern Severing, der sich gegenwärtig in Münster befindet, in Verbindung gesetzt, und letzte Nacht fanden Verhandlungen und Beratungen über die neue Lage nach Auflösung der Schutzpolizei statt. Die 600 Polizeibeamten, welche die Franzosen jetzt gestattet haben, würden auf eine Million Einwohner kommen, von denen etwa die Hälfte auf Essen-Stadt, die andere Hälfte auf Essen-Land entfällt. Die Kommunisten fangen bereits an, sich militärisch zu organisieren, sie bilden Zehner- und Hundertschaften, und es wird behauptet, daß z. B. in der Gußstahlfabrik von Krupp bereits eine sehr starke Organisation durchgeführt sei.

Die Sozialdemokraten nehmen in ihren Parteiblättern eifrig gegen diese Organisation Stellung, und es wird gewarnt, sich ihr irgendwie anzuschließen. Man weiß nicht, wie weit diese Organisation geht, aber sie ist unbedingt eine Gefahr und würde sich zu einer noch größeren auswachsen, wenn nicht wieder ein polizeilicher, von deutscher Seite kommandierter Schutz aufgestellt wird.

## Ministerbesuche an der Ruhr.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

* **Aus dem Ruhrbezirk**, 19. Februar.

Nach dem Reichskanzler Dr. Cuno, dem Kultusminister Boelitz, dem Reichspostminister Stingl, dem Minister des Innern Severing und dem Reichsverkehrsminister Gröner ist jetzt auch Handelsminister Siering im Ruhrgebiet erschienen, der in mehrstündiger, sehr eingehender Beratung mit Vertretern der verschiedenen Kreise der Bevölkerung wichtige Fragen behandelte. Die Aussprache, die der Minister gab, und die Zusagen, die er machte, waren geeignet, den unerschütterten Geist des Durchhaltens und den unbeugsamen Abwehrwillen der Ruhrbevölkerung auch für die kommenden Wochen und Monate zu stählen.

Darin waren sich mit dem Minister sämtliche Anwesenden klar, daß man sich auf einen Kampf von langer Dauer einstellen müsse. Ebenso einhelligen vertrat man aber auch ausnahmslos die Ueberzeugung, daß bei der mutigen Gelassenheit und ruhigen Besonnenheit, mit der die Ruhrbevölkerung allen Uebergriffen und Gewaltmaßnahmen begegnet, mit einem Erfolge der gerechten deutschen Sache gerechnet werden dürfe.

In der Aussprache wurden Fragen des Verkehrs, der Aufrechterhaltung der Wirtschaft in Industrie, Handel und Gewerbe, der Lebensmittelversorgung und -verteilung, der Preisgestaltung für Gegenstände des notwendigen Bedarfs usw. behandelt, wobei der Minister betonte, daß die Reichs- und Staatsregierung bestrebt seien, diese und alle anderen für die wirksame Durchführung der Abwehr wichtigen Fragen in enger Fühlungnahme mit den maßgebenden Vertretern der im besetzten Gebiet ansässigen Bevölkerungs- und Wirtschaftskreise zu regeln. Lohnzahlungen und Lebensmittelzufuhr seien durch geeignete großzügige Maßnahmen sichergestellt. Dem ehrlichen Handel soll weitgehende Förderung zuteil werden, während wucherischen Elementen, die die Einheitlichkeit der Abwehrfront gefährden, mit aller Schärfe entgegengetreten werde.

## Zuchthaus für Schieber.

**Der Haushaltsausschuß des Reichstags beschloß bei der Beratung des Notgesetzes, daß die ungenehmigte Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren und Geldstrafe in unbegrenzter Höhe bedroht werden soll. Schleichhandel, vorsätzliche Preistreiberei oder vorsätzliche verbotene Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände soll in besonders schweren Fällen mit Zuchthaus bis zu 15 Jahren bestraft werden. Die Todesstrafe wurde abgelehnt. In Fällen dringenden Verdachts soll Schließung des Geschäfts und Beschlagnahme erfolgen.**

## Der Terror in Geisenkirchen.

Neue Verhaftungen und Erpressungen.

**Geisenkirchen**, 20. Februar. (W. T. B.)

Nachdem gestern abend der Direktor des hiesigen Reichsbank, Jurn, aus der Haft in Recklinghausen entlassen worden war, erfolgte heute morgen eine neue, sehr starke Besetzung der Reichsbank. Nach sechsstündiger Verhandlungen wurde Reichsbankdirektor Jurn erneut verhaftet. Es handelt sich hierbei um die Umwechslung des

---

# Valutanarren.

Von

**Georg Strelisker.**

Berichterstatter der „Vossischen Zeitung"

* **Bukarest**, im Februar.

Ich weiß nicht, was es für eine Sorte von Amerikanern ist, die, durch den Maelstrom verlockt, nach Deutschland zog, um hier mit wenigen Dollars ein angenehmes und sorgenfreies Leben zu führen. Ich weiß nur, daß man neuerdings in Amerika Rumänien entdeckt hat, und zwar als vortreffliches Exportland für — Verrückte. Wenn einer in den Vereinigten Staaten einen Fimmel hat, aber nicht das nötige Kleingeld — in Dollar natürlich — besitzt, um sich standesgemäß in einem Sanatorium oder in einer Irrenanstalt unterbringen zu lassen, den schickt man einfach nach Rumänien, das infolge seiner niedrigen Valuta nach Oesterreich und Deutschland ein Hauptanziehungspunkt für mittellose oder besser minderbemittelte Edelvaluta-Ausländer geworden ist. Welche Gründe die Amerikaner bewogen haben, ihre Verrückten nicht nach Mitteleuropa, sondern nach dem Balkan zu exportieren, kann von hier aus nicht ermittelt werden. Ein Erfinnriger aus dem U. S. A. läuft schließlich auch in Deutschland nicht Gefahr, seiner Freiheit beraubt zu werden. Man wird höchstens sagen: „Seht mal diesen spleenigen Yankee an! Dennoch — Hut ab vor ihm, der Mann hat Dollar in der Tasche!" Vielleicht aber verdankt Rumänien seinen Ruf, ein idealer Aufenthalt für verrückte Ausländer zu sein, dem Umstande, daß es erstens vom Ozean viel weiter entfernt ist als etwa Deutschland und Oesterreich, daß seine Verkehrsmittel sehr darniederliegen und deshalb einer, der einmal hereingekommen ist, nicht so leicht wieder herauskommt, aber vielleicht dem böswilligen und natürlich sehr gehässigen Verrückte, es können sich hier nur anormale Menschen auf die Dauer wohl fühlen.

Fest steht aber, daß die zu uns importierten Valutanarren von ihrer neuen Heimat geradezu begeistert sind, zumal sie hier für Geldsummen, mit deren Betrag ein Verrückter in Amerika zweifellos keine großen Sprünge zu machen vermag, das herrlichste Leben führen können. Für diese Summen kann man in dem vornehmsten Hotel von Bukarest dauernd ein großes Appartement mieten, täglich vor- und nachmittags eine Spazierfahrt auf die Chaussee unternehmen, eine Loge im Nationaltheater und in der Oper abonnieren, jeden Sonnabend erster Klasse nach Sinaia fahren, abends Poker spielen und ruhigen Herzens jedesmal tausend Lei verlieren, Schneider und Schuster in Bewegung setzen und sich sonst alle beliebigen Extravaganzen leisten, ohne zu befürchten, daß die Schätze des Monatswechsels erschöpft werden. Leider begnügen sich aber die Valutanarren nicht damit, fordern versuchen auch in die hohe Politik einzugreifen, und stellen absurdeste Ansprüche, die etwas weit gehen und selbst den gutmütigen Rumänen — denn gutmütig sind diese im Grunde ihres Herzens — schon etwas übertrieben vorkommen.

*

Da ist z. B. Miß K.

Diagnose: überspannte Person, pochend auf ihre Gottähnlichkeit als amerikanische Staatsbürgerin, Mitglied der Heilsarmee, von Begliickungsideen verwirrt. Gelegentlich des rumänisch-ungarischen Grenzkonfliktes kam diese Dame zu dem Chefredakteur eines der Regierung nahestehenden Blattes und forderte von ihm im Namen der amerikanischen Nation die Erklärung, daß Rumänien es zu keinem Krieg kommen lassen werde. Als der Redakteur seine Unzuständigkeit betonte und die resolute Amerikanerin an den Kriegsminister verwies, verlangte diese, sofort zum König vorgelassen zu werden. Sie hätte ihm wichtige Eröffnungen zu machen und dringende überdies sein Autogramm. Man hatte Mühe, die Dame zu beschwichtigen. Tags darauf erscheint sie bei der amerikanischen Gesandtschaft, erzählt, sie wäre gestern abends beim Ueberschreiten der Calea Victoriei wegen des Glatteises zu Fall gekommen und verlangte, daß sofort ein ausführliches Telegramm an den Präsidenten Harding geschickt werde, um eine gehörige Intervention seitens der amerikanischen Regierung zu veranlassen. Rumänien müsse sich verpflichten, in Zukunft das Glatteis von den Straßen zu entfernen.

Ein anderes Mal verfaßte sie ein Memorandum, in dem sie darlegte, daß eine große Anzahl von Kindern ohne Hemden wäre, und ersuchte die rumänische Regierung, dahin zu wirken, daß ein Teil der rumänischen Armee, die, weil es keinen Krieg mehr geben dürfe, sowieso einer nutzbringenderen Betätigung zugeführt werden müsse, mit dem Nähen von Kinderhemden beschäftigt werde. Sie übergab diese Note einem General, den sie eines Tages im Hotel kennengelernt hatte, der aber das Schriftstück nicht weitergegeben haben soll, so daß mit der militärischen Erzeugung von Kinderhemden bisher noch nicht begonnen wurde.

Gemeingefährlicher aber erscheint schon ein anderer Valutanarr, der kürzlich nach Bukarest gezogen ist, um hier eine epochale Erfindung zu verwerten. Es handelt sich, wie er behauptet, um einen neuen Gewehrmechanismus, der es ermöglicht, daß eine aus einem solchen Gewehr abgefeuerte Kugel eine Stahlwand von 7 m Dicke oder 1283 hintereinander aufgestellte Menschen glatt durchbohrt. Um die Richtigkeit seiner Angaben zu beweisen, verlangt er die Beistellung von mehreren Bataillonen, die er in wenigen Schüssen total durchlöchern will. Bisher hat der Kriegsminister seinen Ausführungen kein Verständnis entgegengebracht, so daß der Erfinder jetzt droht, seinen genialen Mechanismus einer anderen Macht anzubieten.

Ich habe von vielen nur zwei Fälle angeführt, die aber genügen, um die Tätigkeit der Valutanaren in Bukarest zu charakterisieren. Die rumänischen Behörden, Minister und sonstigen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die ja am meisten von diesen Verrückten zerfleischt und bloßgelegt werden, sind natürlich über diesen Dingen erhaben, besitzen aber so viel Humor, daß sie mit einem gewissen Spiel zu machen. Denn obgleich Amerika sehr weit von hier entfernt ist, so wird ein amerikanischer Staatsbürger, auch wenn er komplett toll ist, als Respektsperson, als Vertreter einer nahezu überirdischen Macht betrachtet. Dollar ist eben Dollar! Und man sieht nicht allein in Deutschland mit gespannten Erwartungen auf Amerika. Die Narren hätten wir, wann kommen aber die anderen, die das verrückt gewordene Europa wieder ins Gleichgewicht bringen?

**Hanns Fechner über seine Modelle.** Hanns Fechner, als Porträtist deutscher Köpfe bekannt, ist jetzt, nachdem ihn ein schweres Schicksal vor zwölf Jahren erblinden ließ, durch die Not der Zeit gezwungen worden, mit Vortragsabenden an die Oeffentlichkeit zu treten. Er wählte sich das Thema „Von Menschen, die ich malte". Zum ersten Male sprach er, wie unser Berliner Vertreter meldet, in Siering im Rahmen eines intimen Plauderabends und gab aus anschaulicher Schilderung äußerlicher Lebensvorgänge, herrschender Kunstauffassungen und anregender Zeitgenossen eine leider farbige und ansprechende Einführung in seine Kunst. Der Beifall entsprach in seiner herzlichen und persönlichen Art dem Vortrag. Professor Fechner beabsichtigt, allmählich seine Vortragsreihen auszudehnen.

**Shakespeare in der Kalderon-Gesellschaft.** Das Programm der Calderon-Gesellschaft, die sich von literarischer Einseitigkeit befreit und nicht mehr bloß „spanisch kommen" will, greift immer weiter aus; jetzt ist es vom Schuppanton der Gesellschaft beim anderen Pol der dramatischen Renaissance, bei Shakespeare angelangt, dessen Lustspiel „Was ihr wollt" die Gesellschaft letzten Sonntag nachmittags im „Theater am Kurfürstendamm" vor massenhaftem Publikum zur Aufführung brachte. Es gehört Mut dazu, dieses Lustspiel voll derber phantastischer Bewegung, das sicheres und schlagfertiges Eingreifen vieler Kräfte verlangt, mit einem Ensemble, das von Fall zu Fall neu gebildet wird, bewältigen zu wollen. Aber das Wagnis ist der rührigen und verständnisvoll geleiteten Arbeit geglückt, und dem Spielleiter Hans Reußing kann ein ehrliches Lob gezollt werden. Mit Hilfe des Malers Christian Bummerstedt hatte er für das bunte Getriebe der Komödie einen einheitlichen Schauplatz hergestellt, der, anknüpfend an die Vorstellung, daß das üdliche Leben sich zumeist im Freien entfaltet, dem Hinnen Sewerwechsel gerecht wurde; auf einem durch ein Gitter geteilten Platz vor Schloß und Garten der Olivia konnten die schwärmerisch-ernsten und die drastisch-komischen Szenen, in ihrer Kontrast- und Parallelwirkung, durch die stimmende Musik Wolfgang Zellers begünstigt, rasch aufeinander vorbeizukommen und ineinanderfließen. In den grotesk-

von den Franzosen beschlagnahmten, außer Kurs gesetzten Ortsgelder der Stadt Gelsenkirchen in Reichsbanknoten.

Weiter wurde im Laufe des heutigen Tages noch der Leiter der Gelsenkirchener politischen Polizei, Polizeirat Hammer, verhaftet: ebenso ein anderer Beamter der Polizeiverwaltung.

Nachdem die gestrige Stadtverordnetenversammlung wiederum die Bezahlung der 100 Millionen abgelehnt hatte, erfolgten heute neue Maßnahmen der Franzosen. So sollten die Geschäfte gezwungen werden, Waren zu geben. Da das größte Kaufhaus in Gelsenkirchen, Alsberg, den Verkauf von Ware abgelehnt hatte, erfolgten die Schließung und die gewaltsame Hinaustreibung der Käufer aus den Räumen. Zwei Abteilungschefs wurden verhaftet und in dem Geschäft ein Posten zurückgelassen. Hierauf stellten sämtliche Geschäfte Gelsenkirchens ihre Verkaufstätigkeit ein.

Weiter verbieten die Besatzungsbehörden an, daß, falls neue Zwischenfälle vorkämen, die verantwortlichen deutschen Beamten sofort verhaftet würden, und die Ortschaften, in denen solche Zwischenfälle vorgekommen sind, mit einer „entsprechenden" Geldbuße belegt würden.

# Gegen den Justizmord.

## Finnlands Stimme.

* **Helsingfors**, 20. Februar.

Die finnländische Presse veröffentlicht einen von 280 der namhaftesten Juristen des Landes unterzeichneten Protest gegen den französischen Rechtsbruch im Ruhrgebiet folgenden Inhalts:

„Vor zehn Jahren wurden finnländische Männer vor russische Gerichte geschleppt und verurteilt, weil sie in Finnland die dort geltenden Gesetze befolgt und auf finnländischem Territorium sich geweigert hatten, sich russischen Gesetzen und Befehlen zu unterwerfen, die im Widerspruch standen zu den Gesetzen und Interessen ihres eigenen Landes. Unter den vielen, die gegen diesen Rechtsverstoß protestierten, waren hervorragende Rechtsgelehrte und andere hochangesehene Männer Deutschlands und Frankreichs. Diese Proteste gewährten Finnland und seinem Volk eine moralische Stütze, auszuhalten in seinem Rechtskampfe.

Zehn Jahre sind seitdem vergangen und die Welt ist wieder Zeuge eines in vieler Hinsicht ähnlichen Rechtsverstoßes, nur mit dem Unterschied, daß der Rechtsverstoß diesmal von einer allgemein anerkannten Kulturnation begangen ist. In diesen Tagen sind deutsche Männer, obwohl zwischen Frankreich-Deutschland Friedenszustand besteht, von französischen Kriegsgerichte geschleppt und verurteilt worden, weil sie treu den Gesetzen ihres Landes und den Rechtsgrundsätzen, die sowohl in ihrem eigenen Lande wie im Völkerrecht gelten, sich geweigert haben, fremden Befehlen zu gehorchen. Sie sind verurteilt worden, obwohl sie sich keines Verbrechens schuldig gemacht haben: denn es gilt als ein allgemein gültiger Völkerrechtsgrundsatz, daß die Einwohner eines Landes von einer fremden Macht nicht gezwungen werden können, an Handlungen mitzuwirken, die im Widerspruch zu ihrer Pflicht der Treue stehen und ihrem eigenen Lande schaden können.

Als Mitglieder einer kleinen Nation, die einen langen und ungleichen, schließlich doch aber siegreichen Kampf um ihr Recht hat bestehen müssen, sprechen wir unsere tiefe Mißbilligung des Rechtsverstoßes aus, dem deutsche Bürger innerhalb der Grenzen ihres eigenen Landes von seiten einer fremden Macht ausgesetzt gewesen sind. Wir drücken dabei die feste Hoffnung aus, daß das Rechtsbewußtsein des hochausgebildeten französischen Volkes und besonders der Richter und Gelehrten Frankreichs sich gegen dieses unwürdige Verfahren auflehnen und wirksam dazu beitragen wird, dieses zum Aufhören zu bringen."

Unter den Unterzeichnern befinden sich fast sämtliche Juristen, Universitätsprofessoren, acht frühere Minister, darunter Sinebojoud, die Präsidenten und Mitglieder des höchsten Gerichtshofes, höchsten Verwaltungsgerichts, der Hofgerichte und übrigen Gerichte, der Vorsitzende der finnländischen Rechtsanwalts-Schaft, und viele Anwälte, Bankdirektoren und Reichstagsabgeordnete.

---

lustigen Auftritten, auf denen der Hauptakzent liegt, war die Wirkung besonders frisch. Paul Henkels, von mehreren Bühnen her bekannt als kecker Karikaturenzeichner der Szene, gab einen drolligen Junker von Bleichenwang, mit geistesfaulen Zungengesicht und einer lustigen Entschlossenheit der Feigheit, die im Bodarsfalle die Wände hinanklettert. Hans Holden trat in den Grundzügen Meltvolles Mädchenhaftigkeit, Erich Meisels war ein sangesfreudiger Narr; Gustav Adolf Henkels als Tobias ein Falstaff in Kleinformat und Thea Grodtzinsti-Henkels eine verwegen lustige Maria. Auch in den lyrisch eingebauchten Szenen gab es wenigstens nichts Störendes. Die unverwelklichen Scherze des Shakespeareschen Lustspiels wirkten elektrisierend auf eine Menge von unbefangener Genußfreudigkeit. A. K.

**Die Kunst im Reichshaushalt.** Der Entwurf zum Reichshaushalt für 1923, der jetzt in den Ausschüssen beraten wird, enthält, wie jetzt gelesen, eine große Anzahl von Posten, deren Verwendung der Kunstpflege dienen kann. Das sind weniger die direkten Ausgaben für künstlerische Zwecke, die der Etat nambaft macht, also der Etat des Reichsinnenministeriums und die 20 Millionen, die als Beihilfe zur Bebauung der Not der deutschen Kunst (Notgemeinschaft der deutschen Kunst) angefordert werden. Das Deutsche Museum in München erscheint mit einem Schußbetrage von 60 Millionen zur Fertigstellung im Etat; für das in schwerer Notlage befindliche Römisch-Germanische Zentralmuseum in Mainz werden 12 Millionen angesordert. Mit 300 000 Mark will sich das Reich mit einem Beitrage für den Verein zur Erhaltung des Kunsthistorischen Museums in Wien beteiligen. Für die neue deutsche Gesandtschaft in Stockholm erscheinen 105 Millionen, mit denen nur die nötigsten baulichen Veränderungen auf dem neu zu erwerbenden Grundstück vorgenommen werden sollen. Die größten Baumöglichkeiten aber bieten folgende Posten: 1 Milliarde 100 Millionen und dann noch einmal 210 Millionen für die zahlreichen Landesfinanzämter, ihre Neu-, Um- und Ergänzungsbauten usw.; 582½ Millionen für Unterbringung der Zollstellen und Zollbeamten an den neuen Grenzen des Reiches; 143¾ Millionen zur Schaffung von Wohnungen in freien Räumen reichseigener Gebäude; 100 Millionen für Gewährung von Darlehen und Zuschüssen für gemeinnützige Wohnbauunternehmungen.

**Aus den Theatern.** Im Neuen Volkstheater muß wegen der Erkrankung einer Hauptdarstellerin Berlins die Premiere von „Koter Lampe" verschoben werden. Der Spielplan der laufenden Woche gestaltet sich nunmehr wie folgt: 21. und 25. (nachmittags) „Michael Kramer"; 22. und 23. (abends) „Die Laune des Verliebten", „Der Kerl als Onkel"; 24. „Barbarapal".

Wilhelm Meyer-Förster, der Verfasser von „Alt-Heidelberg", das Freitag den 23. Februar im Deutschen Theater zugunsten des Vereins Berliner Presse zum ersten Male aufgeführt wird, wird der Premiere beiwohnen. Meyer-Förster hat angesichts des guten Zwecks sein Werk für diese Aufführung kostenmenfrei zur Verfügung gestellt.

**Musik.** Im Polyphonsaal konzertiert heute (Dienstag) abend der Violinist Paula Prihoda.

# Der Zusammenschluß der Polizeibeamten-Verbände.

## 80 000 Mitglieder.

In Gegenwart des preußischen Ministers des Innern, des Ministerialdirigenten Dr. Abegg und des Kommandeurs der Berliner Schutzpolizei Kaupisch traten heute vormittag die beiden preußischen Polizeibeamtenverbände, die etwa 80 000 Mitglieder umfassen, zu einem zweitägigen Kongreß zusammen. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildet der Zusammenschluß der beiden Organisationen. Nahezu drei Jahre haben die Verbände „Blau" und „Grün" gebraucht, um die zwischen ihnen bestehenden Divergenzen zu überbrücken und sich zusammen zu finden. Heute soll der im Herbst vorigen Jahres gefaßte Beschluß der Fusionierung durch die Vertreter der Untergruppen sanktioniert werden.

Nach einer kurzen, sehr wirkungsvollen Begrüßung des Vorsitzenden des Verbandes der Polizeibeamten Preußens (blau) Ernst Schrader ergriff der Minister das Wort. Er gedachte einleitend der außerordentlich wichtigen Tätigkeit der Organisationen im allgemeinen und insbesondere der Organisationen im besetzten Gebiet, denen es nicht zuletzt zu danken sei, daß sich die französischen Machthaber einen festen, geschlossenen Wall gegenüberstehen. Die Polizeibeamtenschaft im Ruhrgebiet habe sich vorzüglich bewährt und mit selbstloser Hingabe und Aufopferung, oft unter schwersten Mißhandlungen, ihren Dienst verrichtet. Ganz Deutschland danke den tapferen Männern, deren treue Pflichterfüllung fremde Willkür nicht beugen könne. Der Minister verlas sodann ein ihm vom Reichspräsidenten zugegangenes Schreiben, in dem der Herr Reichspräsident der Schutzpolizei im Ruhrgebiet seine Bewunderung und aufrichtige Anerkennung über ihr Verhalten zum Ausdruck bringt.

Der Minister sand auch für die Beamten im unbesetzten Deutschland Worte der Anerkennung und des Dankes. Er wies auf die leider immer noch zunehmende Kriminalität hin, die die Polizei auch in den nächsten Jahren vor außerordentlich hohe Aufgaben stellen werde. Er versprach der Versammlung, sich immer dafür einzusetzen, daß der Polizeibeamte seiner ebenso verantwortlichen wie anstrengenden und gesahrvollen Tätigkeit entsprechend in die Besoldungsordnung eingruppiert werde.

Auch der Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes, Flügel, begrüßte namens der Spitzenorganisation den Verbandstag. Er begleichte die preußische Polizeibeamtenschaft als eine der stärksten Säulen im Deutschen Beamtenbund.

Der Kongreß wird sich über zwei Tage erstrecken. Außer der Zusammenfassung der beiden Verbände wird er sich fast ausschließlich mit inneren Organisationsangelegenheiten beschäftigen.

Hz.

**Die entflohenen Deutschamerikaner.** In Hamburg fand eine Tagung des Internationalen Verbandes der Nachrichtenbüros statt, an der alle am internationalen Verkehr interessierten Kreise, Schiffahrtsämter, Reisebüros, Verkehrsorganisationen, Hotels usw. teilnahmen. Verbandsdirektor Kelterborn-Göttingen hielt einen Vortrag über das Thema: „Welche Wirkungen haben die am Verkehrsgeschäft interessierten Kreise zur Förderung des internationalen Verkehrs, und welche Aufgaben erwachsen diesen Unternehmungen für das Jahr 1923?" In einer Entschließung wird das Reichsministerium des Innern gebeten, die bisherigen Uebergangsbestimmungen für Ein- und Ausreiseerlaubnis, Zoll- und Paßwesen erneut prüfen zu lassen und Anweisungen zu geben, daß die örtlich ansässigen Behörden restlos entgegenkommen. Ferner wird der Ausspruche wurde betont, daß die Deutschamerikaner vielfach von ihrem Besuch in der Heimat sehr unbefriedigt gewesen sein und bei ihrer Rückkehr nach Amerika von ihrer Ausbeutung durch die „Hühnen" in Deutschland sein Lehd machten. Der Schaden, der durch das Fernbleiben der Amerikaner verursacht werden würde, wäre ungeheuer und müßte durchaus verhütet werden.

**Berlin—Leipzig.** Von morgen ab wird der Eilzug 163 Berlin (ab 12 25) — Leipzig (an 3.31) — solange der beschleunigte Personenzug 848 Berlin (ab 4.25) — Leipzig (an 7.52) — München nicht verkehrt — wie folgt verlegt: Berlin ab 4.25 nachm., Charlottenfelde-Ost 4.41/42, Buckenwalde 5.24 26, Jüterbog 5.46/48, Wittenberg 6.23 25, Pittersield 7.08/10, Leipzig an 7.53. Der Eilzug 162 fährt auch in der neuen Lage nur die 2. und 3. Wagenklasse und hat in Pittersield unmittelbaren Anschluß an den Personenzug 846 nach Halle (an 7.50).

**Aufnahme von Ruhrkindern.** Im Reichsministerium des Innern hat eine Besprechung mit den Leichs- und den preußischen Ressorts über die Frage stattgefunden, ob zurzeit Kinder aus dem Ruhrgebiet in größerem Umfang im übrigen Deutschland untergebracht werden können. Dabei kam die Auffassung zum Ausdruck, daß eine Unterbringung in größerem Umfang nur Aussicht auf der wärmeren Jahreszeit auf erhebliche Schwierigkeiten stoßen wird. Es wird empfohlen, daß private Kreise, auch die großen Wohlfahrtsorganisationen, vor dem Eingreifen sich mit den beteiligten Regierungsstellen in Verbindung setzen; für die Durchführung der Unterbringung kommen in erster Linie die Organisation des Vereins „Landaufenthalt für Stadtkinder" in Betracht. Die dem genannten Verein zur Verfügung stehenden Erholungsstätte, Fahrpreisermäßigungen und sonstigen Vergünstigungen sollen in erhöhtem Maße für die Kinder des Ruhrgebiets zur Verfügung gestellt werden. — Die in Eisland befindenden Deutschen, die bereits 61 Millionen Mark für die Ruhrhilfe gesandt haben, stellen dem Reichspräsidenten über 6 Millionen Mark als zweite Rate für das Deutsche Volksopfer zu Verfügung.

**Lehrer und Schüler ertrunken.** Bei einem Ausflug nach dem Sachsenwald, den eine Klasse der Oberrealschule St. Georg in Hamburg unternahm, überschritten einige Schüler das Eis der infolge der vielen warmen Quellen trügerischen Bille und brachen ein. Der Lehrer Dr. Meyer, der sie retten wollte, ertrank ebenfalls, ebenso unter das Eis und sand mit dem Schüler Siems seinen Tod. Ein anderer mit eingebrochener Schüler konnte sich wieder aus dem Wasser herausarbeiten.

**2000 Mark Mindestgehör.** Das preußische Staatsministerium hat die Teuerungszuschläge zu den Gerichtsgebühren für die freiwillige Gerichtsbarkeit und zu den Gebühren der Notare erhöht. Danach beträgt die Mindestgebühr für Notariatsakte 2000 M., im übrigen das Fünffache der gesetzlichen Gebühren.

**Studentenhilfe aus China.** Die chinesischen Studenten an deutschen Hochschulen haben eine Sammlung zur Linderung der Notlage ihrer deutschen Kommilitonen veranstaltet. Das Ergebnis der Sammlung ist mit 12 700 000 Mark der Wirtschaftshilfe der deutschen Studentenschaft überwiesen worden. Weitere Sammlungen haben die chinesischen Studenten in ihrer Heimat in die Wege geleitet.

**Die preußische Grundsteuer.** Das Gesetz über die Erhebung einer vorläufigen Steuer vom Grundvermögen wird jetzt in der preußischen Gesetzsammlung veröffentlicht. Die Steuer bemißt sich, wie bereits mitgeteilt, nach dem Wert, der bei der Veranlagung zur Ergänzungssteuer im Jahre 1917 auf 1919 festgesetzt worden ist und zwar beträgt der zu verantagende Wert für bebaute Wohngrundstücke das einfache, für die übrigen Grundstücke, insbesondere die landwirtschaftlich genutzten, das achtfache des Ergänzungssteuerwertes. Von diesem Wert erhebt der Staat eine jährliche Steuer von 6 vom Tausend. Dazu kommen die Zuschläge der Gemeinden.

Verantagungsbehörde ist der Steuerausschuß unter dem Vorsitz des Vorstehers des Katasteramts. Er wird in Berlin teils von der Gemeindevertretung gewählt, teils von Oberpräsidenten ernannt. Gegen seine Entscheidung ist die Berufung an den Berufungsausschuß gegeben, dessen Mitglieder teils vom Oberpräsidenten ernannt, teils vom Magistrat gewählt werden. Letzte Instanz ist das Oberverwaltungsgericht, das jedoch nur über Rechtsfragen entscheidet.

**Kriminalpolizei und Wohnungswucher.** Gegen den Wohnungsnachweis der Firma Emil Post G. m. b. H. in der Bodingenstr. 35, mit den Filialen Neanderstr. 26, Pankstr. 7, Wilcsstr. 10, Müllerstr. 35a, Wolliner Str. 4, Schönhauser Allee 54, Lichtenberg, Schornweberstr. 33, Wilmersdorf, Teuchaler Str. 17, ist von der Kriminalpolizei ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden, um einen Ueberblick über die Art des Geschäftsbetriebes zu gewinnen. Zur möglichst vollständigen Klärung des Sachverhalts ist es notwendig, daß Personen, die bei der Vermittlung in Anspruch genommen haben, und sich betrügerisch geschädigt fühlen, sich umgehend bei der Kriminalpolizei im Polizeipräsidium, Berlin, am Alexanderplatz, Dienststelle VII 3, Zimmer 332a, in den Vormittagsstunden oder auf dem nächsten Polizeirevier melden.

**Ein Frachtdampfer gekapert.** Wie aus Magdeburg telegraphiert wird, ist der auf der Elbe von Andex liegende Dampfer „Reinhardt" (in Halle beheimatet), der mit Stückgut von Hamburg nach Halle unterwegs war, aus unbekannter Ursache gekapert. Die Mannschaft konnte nur knapp das Leben retten. Der Schaden ist groß. Es konnte nur ein Teil des Stückgutes geborgen werden.

**Siebenter Deutscher Kartoffeltag.** Im großen Saal der Gesellschaft der Freunde fand heute unter starker Beteiligung der 7. Deutsche Kartoffeltag statt. Nach einleitenden Begrüßungsworten des Vorsitzenden, Geheimen Oekonomierats Dr. Säuberlich, sprach Rittergutsbesitzer Dr. Lange-Weterstrop über die Notwendigkeit und die Möglichkeit, unter den jetzigen Verhältnissen die Kartoffelernte zu erhöhen. Nach lebhafter Aussprache wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt: „Die deutschen Landwirte erkennen es als ihre vaterländische Pflicht an, den Volksgenossen an Ruhr, Rhein, Saar und Mosel in ihrem schweren Kampf nach Kräften beizustehen, nicht nur durch Beistreuung von Lebensmitteln, sondern vor allem durch äußerste Steigerung der Kartoffelerzeugung, um die Ernährung der Bevölkerung aus der heimischen Scholle zu sichern. Der Erfolg dieses Vorhabens hängt aber nicht allein von dem guten Willen der Landwirte ab, sondern ist nur erreichbar, wenn die Regierung sich entschließt, die Hemmnisse zu beseitigen, die zurzeit den Kartoffelbau ernstlich gefährden." Es wird eine Verbilligung der Frachtsätze für Saatkartoffeln und Düngemittel, sowie die Beseitigung aller Beschränkung und Erschwerungen bei der gewerblichen Verarbeitung der Kartoffeln gefordert.

**Christoph Columbus.** Von dem Leidens- und Ruhmeszug des Entdeckers Amerikas erzählt uns der soeben erschienene Film in den Richard-Oswald-Lichtspielen aufgeführte Film „Christoph Columbus". Es ist schwer, eine weltbedeutende Tat von immerhin längerer zeitlicher Dauer auf den Raum von sechs Akte zu bringen. Der Film hat deshalb sich daher auf Episoden von den Höhepunkten des Kampfes des großen Genuesen um seine Idee und ihres Sieges, so auf das Ersinnen des Planes, auf die Beginnigung desselben durch den Herzog von Medina-Celli, die Ernennung am Hofe, Spanien, die Fahrt über den Ozean, den Seeleuten, die Ankunft auf Guanahani, die Fahnungnahme mit den Ureinwohnern und die Rückkehr. — Albert Bassermann als Columbus besonders hart in der Szene gegen den Genie und der feindlichen Ueberlegenen der Gegenspielern. Die übrigen Teelle regieren in ihren aufrekenden Rollen zu ihrem Schützling. Eines der schönsten Bilder das klauschimmernde Wogen des Meeres, bedeutend die Regie in dem Zusammenstellen des Volkes und der Schiffe und der verschiedenen Typen. Als Beigabe eine amerikanische Groteske „Lest als Bräutigam". — Der gleiche Film wird auch im Primus-Palast in der Potsdamer Straße gezeigt. Esch.

**Kurzer Tagesbericht.** Die Mutter der Giftmischerin Nata Gerschkow wurde gestern noch unter dem Verdacht der Mitschuld und Mitwisserschaft der Verbrechen ihrer Tochter verhaftet. Bei ihrer Vernehmung gestand sie auch einen Mitmordversuch im Hause eines Bandiverkäufers in Steglitz, bei dem sie als Dienstmädchen tätig war. Herrenreiter Otto Drenkwitz aus der Cuxhafer. 14 wurden heute vormittag von einer Lokomotive beide Beine abgefahren.

**Das Konzert der Schauspieler** für die Ruhrhilfe findet morgen abend, 8 Uhr, im Marmorsaal des Zoo statt. Das Programm verspricht einen genußreichen Abend.

**Was tun in Mäßigkeit essen und erlebt haben.** Unter diesem Titel veranstaltet am 28. Februar, abends 8½ Uhr, im großen Saale der Philharmonie, Bernburger Allee 242-247, die „Liga zum Schutze der deutschen Kultur" einen öffentlichen Vortragsabend, an dem der Oberbürgermeister von Reichenhagen, Hamm, Christian Steger, M. d. L., und Esen und Dr. Hanns Henning Ansprachen halten werden.

**Der Kampf um die deutsche Schule.** Für die deutsche Schule an der Weichsel und am Rhein setzt sich eine Bereinsamilung ein, zu der der Verein heimattreuer deutscher Westpreußen, Berlin-Schöneberg, seine Mitglieder und Freunde auf Sonnabend, den 24. Februar, abends 8 Uhr, in den Bürgersaal des Neuen Schöneberger Rathauses einlädt. An der Spitze des Ausschusses stehen Staatsminister a. D. Dominicus und Bürgermeister Dr. Berndt. Der Reinertrag des Abends wird dem Deutschen Schulverein zugeführt.

**Wetterwaschfrau für Berlin und Umgegend.** Nachts ziemlich strenger, am Tage mäßiger Frost, zeitweise heiter, jedoch überwiegend bewölkt, mit leichten Schneefällen und frischen östlichen bis nordöstlichen Winden.

# Brauerei-Spritkonzern.

## Die heutigen Generalversammlungen.

Die heutigen Generalversammlungen des Bier-Spirit-Konzerns, die heute vormittag stattfanden, nahmen einen stilleren Verlauf als in sonstigen Jahren. In der G.-V. der Schulheiß-Patzenhofer-Brauerei A.-G. wurde ohne Erörterung die Dividende auf 38 pCt. festgesetzt, und über die Aussichten mitgeteilt, daß der Absatz in den ersten Monaten des laufenden Geschäftsjahres zurückgegangen ist. Dieser Rückgang ist nicht erheblich gewesen und durch eine Steigerung des Absatzes, die in den letzten Wochen eingesetzt hat, so gut wie behoben. Der Absatz in den Monaten Januar und Februar sei allem von der wirtschaftlichen Entwicklung und von den Witterungsverhältnissen ab. Diese beiden Umstände beeinflussen naturgemäß das Ertragnis, obwohl bei der vorsichtigen Bilanzierungsart schon jetzt berechtigte Hoffnungen auf ein befriedigendes Ergebnis bestehen.

In der vorangegangenen G.-V. der Ostwerke A.-G. ging der Vorsitzende in ausführlicher Weise auf den Abschluß ein. Er betonte, daß sämtliche Werte mit größter Vorsicht in d.. Bilanz eingesetzt wurden, und daß die wichtigste Aufgabe der Verwaltung im abgelaufenen Jahre die Erhaltung der Betriebsmittel gewesen sei. Trotz vergrößerte Geschäftsjahr stand vor allem im Zeichen der Konzentration, und im Erwerb von Neunsternbrauungen wurde große Zurückhaltung geübt. Mehrere Beteiligungen sind abgestoßen worden, so u. a. auch ein Teil der Aktien der Schering A.-G. unter günstigen Bedingungen verkauft worden. Das wichtigste Geschäft des vergangenen Jahres war die Interessengemeinschaft mit der Pschorrbräu A.-G. Ferner hob die Verwaltung noch den Besitz der Gesellschaft an Oberbaka-Aktien hervor, von denen 12 Mill. M. nominal bei den Ostwerken mit 250 pCt. zu Buche stehen. Neu in den Aufsichtsrat gewählt wurde für das ausscheidende Mitglied Bankier Michael Richard Meyer-Lichtenberg, Frir Katzenellenbogen, Berlin. Es wurde schließlich noch mitgeteilt, daß es in neuen Jahre gelungen ist, eine weitere Vergrößerung der Substanz zu erzielen. Alle Geschäftszweige arbeiten befriedigend, so daß ein günstiges Ergebnis erwartet werden kann. Die Dividende wurde auf 75 pCt. für die Stamm- und auf 6 pCt. für die Vorzugsaktien festgesetzt.

Ohne Erörterung wurde in der sich anschließenden Generalversammlung der A. F. Kahlbaum A.-G. der Abschluß genehmigt und die Dividende auf ebenfalls 75 pCt. festgesetzt. Mitgeteilt wurde noch in sämtlichen Versammlungen, daß auf die Aktien, die sich innerhalb des Konzerns befinden, eine Dividendenausschüttung nicht erfolgt.

# Finanz- und Handelsblatt der Vossischen Zeitung

mit Kursgeteil der Berliner Börse

Chefredakteur: Georg Bäuch. Verantwortlich: Max Mattersdorf-Friedmann.

Beilage zu Nummer 86 — Dienstag 20 Februar 1923 abends


## Börse und Geldmarkt in Wien.

Von unserem ständigen Mitarbeiter.

* **Wien**, 18. Februar.

Die Wiener Börse verharrt seit Wochen in völliger Stagnation. Von Zeit zu Zeit scheint sich der Verkehr etwas zu beleben, aber nach ein bis zwei Tagen folgt regelmäßig der Rückschlag. Dabei ist das Angebot der Kontremine nicht tätig, so daß auch die Kursrückgänge sich in sehr engen Grenzen halten. Die Stagnation hat verschiedene Gründe. Von entscheidender Bedeutung ist neben der politischen Unsicherheit und der Wirtschaftskrise vor allem die ungeheure Geldknappheit. Schon im vorigen Frühherbst hat der Zinssatz zur Zeit der Katastrophenhausse auf dem Devisenmarkt bis zu 5 pCt. pro Woche gestiegen. Aber bis gegen Jahresende trat allmählich eine Verbilligung auf ein halbes Prozent ein. Nun ist in den letzten Wochen der Rekordsatz von 5 pCt. wieder erreicht und überschritten worden. Aber das hat heute eine ganz andere Wirkung als im August. In einer Zeit phantastischer Inflation und sprunghaft steigender Devisenkurse brauchen auch die höchsten Zinssätze das Geschäft nicht zu beeinträchtigen. Wenn der Dollar in einer Woche um ein Viertel oder ein Drittel steigt, oder die Chance einer solchen Steigerung besteht, verträgt man leicht eine Zinsenlast von 5 pCt. Aber die österreichische Krone ist seit fünf Monaten völlig stabil. Auch mit einer Wiederkehr der Inflation ist mindestens, solange der Staatsschuldrat durch fremde Kredite gesichert ist, keinesfalls zu rechnen. Es fehlt also das spekulative Motiv für die Verweigerung von Kronendarlehen. Tatsächlich sind ja auch die Spareinlagen bei den Banken und Sparkassen seit dem Herbst auf das Vier- bis Fünffache gestiegen.

Die würgende Geldknappheit erscheint unter diesen Umständen vielmehr als der reelle Ausdruck der tiefen Verarmung des Landes, der unverhüllt zum Vorschein kommt, wenn der Geldschleier der Inflation zerrissen ist. Es ist der eine Schaden, den Industrie und Handel haben einen großen Teil ihres einstigen Goldkapitals eingebüßt und sind mehr als je auf Kredit zur Aufrechterhaltung des Betriebes und zur Deckung der wichtigsten Investitionen angewiesen. Der Mangel der Banken aber sind noch stärker zusammengeschrumpft als die der Industrie. In Gold gerechnet betragen selbst bei den größten eigenen und fremde Mittel bestenfalls ein Zwanzigstel bis ein Zehntel der Vorkriegsverhältnisse. Viel schlimmer steht es mit den kleineren Instituten oder gar mit den zahllosen Kriegs- und Nachkriegsgründungen. Es sieht großartig aus, wenn diese Filmgesellschaft und Reserven von anderen Milliarden auf ihren Firmenschild aufführen, aber 14 Milliarden sind erst 1 Million Goldkronen, und bei der Mehrzahl dieser kleinen Institute reicht das Vermögen an dieser Summe nicht heran. Die Einlagenentwicklung konnte sich nur beschämend entwickeln. Industrie und Landwirtschaft in größerem Umfange Ersparnisse gemacht würden. Das ist in einer passiven Wirtschaft schon an und für sich schwer, in einer Zeit der schärfsten Wirtschaftskrise, wie sie Österreich jetzt durchlebt, so gut wie ausgeschlossen. Eine Erhöhung der eigenen Mittel durch Aktienemission scheitert aber bei den kleinen und mittleren Instituten schon an dem relativ niedrigen Kurs der alten Großbankaktien. Eine Kreditaktie, die vor dem Kriege bis zu 800 und 900 K bezahlt wurde, ist heute bei einem stark gestiegenen Kurs für 4 Goldkronen zu haben, obwohl jeder einigermaßen Erfahrene sich ausrechnen kann, daß der innere Wert der Aktie mit all den anderen alten Großbankaktien (vielleicht höher ist) und Kapitalserhöhungen der großen erfordern wieder so große Mittel, daß der Markt versagt. Die Kapitalserhöhung von Industriegesellschaften zu einem angemessenen Kurs ist heute schon nicht möglich, da nicht hohe Dividenden gezahlt werden, die in der Krise zur vorsichtigen Gesellschaften ausschütten können (selbst wenn die steuerlichen Hemmungen entfielen).

Für die Bankgründungen der Kriegs- und Nachkriegszeit hat die Dümmerung ohne Zweifel bereits begonnen. Die stärkste und hoffnungsvollste von diesen Gründungen, die Wiener Kommerzialbank, hat sich mit einer Milliarde und fusioniert mit der Kommerzialbodenkreditbank, einem alten kleinen Pfandbriefinstitut, das das Pfandbriefgeschäft aufgegeben hat und die nationalstatutarischen Geschäfte in denen der Betrieb weitergeht, allmählich zurückgezahlt werden muß, als Grundstock eines neu aufzubauenden Mobilienbankgeschäftes verwandeln möchte. Das erste Ergebnis der Verschmelzung ist, daß die industriellen Beteiligungen abgestoßen werden, weil man sie nicht halten kann oder will. Für viele andere kleinere Institute werden sich haltbare Fusionsmöglichkeiten nicht leicht ergeben. Sie halten sich schon schwer über Wasser und sie sind es schließlich die an der Börse die Einsätze in die Hände fallen, und Wochengeld um jeden Preis suchen. Aber es ist klar, daß ein Zinssatz von 250 oder auch nur von 100 pCt. pro anno lange weder von der Industrie, noch auch von der Börse getragen werden kann. In der Industrie macht er jede konkurrenzfähige Kalkulation unmöglich, an der Börse steht er außer allem Verhältnis zu den Kurschancen, die ohne Hilfe der Notenpresse nach oben begrenzt, nach unten — unbegrenzt sind.

Das Mißtrauen gegen die Mittel- und Kleinbanken wird übrigens noch durch schwere Organisationsmängel gestärkt, die allenthalben zutage treten. Im Zuge der Defraudation bei der Lombard- und Eskomptbank, über die wir bereits berichtet wurde, und die für die Bank selbst keinen übermäßigen Verlust bedeuten soll, sind bisher nicht weniger als zwanzig Verhaftungen erfolgt, und es scheint, daß der „Professor" Wetz, der bei der Lombardbank den Kunden und seinem eigenen Institut gegen gefälschte Auslandsschecks Geld entlockt hat, in zweifelhaften Geschäftsbeziehungen sogar zu höheren Beamten von zwei Großbanken gestanden hat. Darüber wird die gerichtliche Untersuchung Aufklärung schaffen. Inzwischen hat die Bankenkommission im Einvernehmen mit dem Finanzministerium eine außerordentliche Revision eingeleitet, die die Rückbildung der von der Inflation geschaffenen Hypertrophie im österreichischen Bankwesen noch beschleunigen dürfte.

*

**Abschluß der österreichischen Kreditverhandlungen.** Der Präsident der Oesterreichischen Nationalbank, Dr. Reisch, ist gestern, wie aus Wien gemeldet wird, nach dort zurückgekehrt. Während Finanzminister Dr. Kienböck die Kreditverhandlungen in Belgien und Holland abschloß, hatte der Präsident Dr. Reisch die Verhandlungen in Paris, Genf und Bern zu führen. Die Dr. Reisch übertragenen Verhandlungen sind nunmehr in ihrem Wesen zum Abschluß gelangt. In Paris wurde die Uebernahme einer Anleihe österreichischer Schatzwechsel in Höhe von 60 Millionen Franken und in Genf eine Anleihe von 40 Millionen Franken zur Uebernahme österreichischer Schatzwechsel in Höhe von fünf Millionen schweizerischer Franken. Gleichzeitig hat in den Verhandlungen in Bern die schweizerische Nationalbank ihre Bereitwilligkeit ausgesprochen, als Verwahrungs- und Verwaltungsstelle für die von den Garantiemächten zu erlegenden Garantie-Titres zu fungieren.

**Berghau A.-G. Lothringen.** Die heutige a.-o. G.-V. in der 14 Aktionäre 56 Mill M. Aktienkapital vertraten, genehmigte die beantragte Kapitalserhöhung um 25 Mill auf 100 Mill. M. Der Vorsitzende, Generaldirektor Berninger, betonte, daß die Kapitalerhöhung nicht zur Beschaffung neuer Gelder vorgenommen werde, und daß deshalb auch den Aktionären kein Bezugsrecht gewährt werden soll. Die Gründe für die Kapitalserhöhung lägen in den augenblicklichen wirtschaftspolitischen Verhältnissen. Lothringen verfüge über einen großen Effektenbesitz, der ihm einen maßgebenden Einfluß bei anderen Gesellschaften gewähre. Zur Sicherung dieses Einflusses sollen zunächst die Gewerkschaften „Freie Vogel" und „Unverhofft" und der Bergisch-Märkische Bergwerks- und Hüttenverein einschließlich der diesen angegliederten Werke mit Lothringen vereinigt werden. Den Werken und Aktionären dieser beiden Unternehmen sollen ihre Kuxe bzw. Aktien gegen Lothringen-Aktien umgetauscht werden. Die Verwaltung ermächtigte die Verwaltung zur Festsetzung des Umtauschverhältnisses und zur Durchführung der gesamten Transaktion. Die neuen Aktien, die zu diesem Umtausch verwandt werden, und die ab 1. Januar 1923 dividendenberechtigt sind, werden von einem Konsortium unter Führung der Westfalenbank in Bochum übernommen mit der Verpflichtung, sie zur Verfügung der Gesellschaft zu halten und mit ihnen nach Verfügung der Verwaltungsorgane zu verfahren. Die Kapitalserhöhung muß bis Ende 1923 durchgeführt sein. Weiter genehmigte die Versammlung mit Rücksicht auf die Besetzung des Ruhrreviers die Verlegung des Sitzes der Gesellschaft nach Hannover.

## Geschäftsberichte.

Hermann Schlitt A.-G., Rheydt. Abschluß für 1922: Betriebsgewinn 73,9 (1, V. 7,9) Mill. M., Unkosten 37,3 (4,29) Mill. M. Nach Abzug von 7,6 (0,5) Mill. M.) Unkosten werden aus 31,14 (3,33) Mill. M. Reingewinn 30+4=100 (20+20) pCt. Dividende ausgeschüttet. Bilanz: Kreditoren 56,3 (4,5) Mill. M., Debitoren 100,2 (6,57) Mill. M., Wertpapiere und Bankguthaben 16,7 (6,69) Mill. M., Warenbestände 27,0 (2,4) Mill. M. Gewinn- und Verlustrechnung und Bilanz zeigen trotz der relativ geringen Veränderung des Aktienkapitals (7 gegen 6 Mill. M.) ein ganz außerordentlich starkes Anwachsen aller Ziffern und insbesondere auch eine so überaus günstige finanzielle Lage, daß eine besondere Erhöhung des Kapitals nicht erforderlich werden dürfte. Die Gesellschaft teilt jedoch im Geschäftsbericht nur mit, daß der Geschäftsgang zufriedenstellend war und daß sich das Ergebnis durch den Eingang alter ausländischer Forderungen besonders günstig gestaltet hat.

Siemens A.-G., Dermold. Bruttoertrag in dem am 30. November 1922 abgelaufenen Geschäftsjahre 97,79 (1, V. 3,49) Mill. M., dazu Gewinnvortrag aus dem Vorjahre 324 491 (78 850) M., dagegen Generalunkosten 38,000 (2,5) Mill. M., Abschreibungen 129 488 (4,5) Mill. M., bleibt Reingewinn 58,9 (2,6) Mill. M. Hiervon 50 pCt. Dividende plus 1500 M. Bonus auf 4 Mill. M. Aktienkapital (1, V. 15 + 30 pCt. Bonus). 6 pCt. Dividende (wie i, V.) auf die Namensaktien, 2,7 Mill. (120 000) M. für Aufsichtsratstantiemen, 6,84 (374 416) M. an Tantieme, 4,4 Mill. (600 000) M. an den Vorstand, 12,82 Mill. M. Vortrag auf neue Rechnung. Die Bilanz ist gegen das Vorjahr nicht in wesentlich richtigere wesentliche Fortschritte gemacht. Das Inlandsgeschäft dagegen ist in einer gewissen Stagnation geblieben und bietet auch bei den allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen unseres Landes zurzeit wenig Aussicht auf Besserung. Die Gesellschaft hat in den abgelaufenen Jahre an der in Mainz neugegründeten Konservenfabrik Wilh. Lpaf A.-G. und an der Westdeutschen Zuckerwarenindustrie A.-G. in Hilden beteiligt. Im laufenden Jahre ist der Absatz, allerdings hauptsächlich nach dem Auslande, bisher recht befriedigend gewesen. Bilanz: Das Immobilienkonto (A. V. 1190 000) ist durch Neuanschaffungen auf 1,4 Milliarden, der Bestand 9,9 Mill. (248 957) M., Außenstände und Bankguthaben 86,59 (9,28) Mill. M., Effekten 6,01 Mill. (259 265) M., Wechselbestände 260 000 (130 000) M., dagegen Kreditoren 84,11 (2,4) Mill. M.

**Der französische Außenhandel im Januar.** „Havas" veröffentlicht die von der Zollverwaltung aufgestellte Statistik des französischen Außenhandels im Januar dieses Jahres. Die Einfuhr betrug hiernach 4 111 036 Tonnen im Werte von 2 144 294 000 Franken. Gegenüber dem Januar 1922 hat sich die Einfuhr um 730 029 Tonnen, bzw. 684 768 000 Franken vor, gegenüber Januar 1913 eine Erhöhung um 823 626 Tonnen, bzw. 1 434 045 000 Franken. Die Ausfuhr betrug 2 842 000 Tonnen im Werte von 1 459 526 000 Franken, 1 696 898 000 Franken. Im Vergleich zum Januar des Vorjahres betrug die Erhöhung 380 876 Tonnen, bzw. 252 448 000 Franken, gegenüber Januar 1913 866 692 Tonnen, bzw. 1 277 823 000 Franken.

**Neuregelung der Ausfuhr von Getreide.** Die polnische Regierung hat der Beschluß gefaßt, die Ausfuhr von Weizen, Roggen, Hafer und anderen Futtermitteln, Pferden, Horn- und Kleinvieh, Fleisch und Fett zu verbieten. Die Ausfuhr von Gerste, Mais, Eiern und Zucker soll beschränkt werden. Die Ausfuhr von Kartoffeln, Kartoffelflocken und Gefrügel, nur gegen besondere Genehmigungen der Hauptverwaltung für Ein- und Ausfuhr erfolgen, wobei Ausfuhrabgaben erhoben werden. Die Festsetzung der Ausfuhrbedingungen und der Höhe der Abgaben wird von dem Kabinett gemeinsam mit dem außerordentlichen Kommissar zur Bekämpfung der Teuerung vorgenommen.

**Der Verein Deutscher Tempergießereien** hat mit Wirkung vom 19. Februar den Preis für Temperguß in roher, nicht bearbeiteter Ausführung um 615 M. pro kg ermäßigt.

## Warenmärkte.

* Die heutige Berliner Produktenbörse verkehrte in etwas freundlicherer Haltung. Der Handel zeigte größeres Kaufinteresse, und auch bei den Mühlen bestand Neigung, sich einzudecken, nachdem bekanntlich gestern eine Erhöhung der Preise für Roggenmehl eingetreten ist. Der Bedarf konnte indessen kaum gedeckt werden, da das Angebot der Provinz gering blieb. Die Preise sind infolge der amtlichen Devisenkurse etwas erhöht. Aus dem gleichen Grunde beginnt sich auch die Ein- und Ausfuhrsperre Warm wieder schwieriger zu gestalten.

Frühmarkt. Hafer 42 000—45 000. Trockenschnitzel 32 500, Futtergerste 36 000, Roggenkleie 25 000—26 000.

**Amtliche Berliner Produkten-Notierungen** vom 20. Februar.

| Produkte | 20 Kilo-Zentner in Mark heute | Vortag | Produkte | 50 Kilogramm in Mark heute | Vortag |
|---|---|---|---|---|---|
| Weizen, märk. | 57000—60000 | 51000—52000 | Viktoria | 86000—94000 | 70000—85000 |
| „ pomm. | — | — | kl. Spelze | 86000—94000 | 70000—85000 |
| „ schles. | — | — | Peluschken | 90—110000 | 90—110000 |
| Roggen märk. | 49000—50000 | 43000—44500 | Ackerbohnen | 90—110000 | 90—110000 |
| „ pomm. | — | 43000—44500 | Wicken | 90—110000 | 90—110000 |
| „ schles. | — | — | Lupinen blaue | 30000—37000 | 27000—30000 |
| Gerste Sommer | 47000—48000 | 41000—43000 | gelbe | 30000—37000 | 27000—30000 |
| „ schles. | 43000—44000 | — | Serradella | 120—150000 | 120—150000 |
| Hafer, märk. | 43000—44000 | 37000—38000 | Rapskuchen | 38000 | 37000—38000 |
| „ pomm. | — | — | Leinkuchen | | |
| Mais loko Berlin | 54000—56000 | 46000—48000 | Trock. p. | | |
| Weizenkleie | | | Schlempe | 20000—21000 | 17500—18500 |
| Roggenmehl*) | 145—160000 | 135—150000 | Voltw. Zuck. | | |
| Roggenmehl*) | 35—145000 | 124—135000 | Schnitzel | 26000 | 28000 |
| Weizenkleie | 34000—36000 | 28000—29000 | Kartoffel- | | |
| Roggenkleie**) | 34000—36000 | 30000 | flocken | 30000—36000 | 27500—29000 |
| Reps**) | 100—105000 | 95—100000 | Torfmelasse | 6500—10000 | — |
| Leinsaat**) | | | Mischg. 50 | | |

*) 100 kg. **) 50 kg brutto einschl. Sack. †) ab station.

Tendenz. Mais steigend, Kleie und Reps fester, alles andere fest.

**Metallpreise in Berlin** (für 1 kg in Mark) (Elektrolytkupfer wird bars (festgestellt von der Vereinigung d. deutsche Elektrolytkupfer-Werke) Originalhüttenkupfer . . . . . 8182 7166
Originalhüttenzink (Preis des Zinkhüttenverb.) 3321,40 3245,87
Reinnickel (Preis des Nickelverbandes) . . . . . 7320—7400 6100—6200
Originalhüttenaluminium, 98—99 pCt. . . . . 2900—3100 2500—2700
Hütt. raffinie, Preis in freien Verkehr . . . . . 3900—4100 3400—3600
Regulierblei (Preis des Bleiverbandes) . . . . . 2850—3000 2500—2700
Originalhüttenaluminium, 98—99 pCt. . . . . 5647 4215
Banka, Straits, Australien . . . . . 21600—22200 17800—19200
Hüttenzinn, mindestens 99 pCt. . . . . 21200—21500 17400—17800
Reinnickel . . . . . 13000—13500 11000—11500
Antimon-Regulus . . . . . 2550—2700 2150—2200
Silber in Barren ca. 900 fein . . . . . 560—610000 415—420000

**Londoner Metallpreise** vom 19. Februar. (schlußkurse.)

| Kupfer | 18. 2. | 16. 2. | Zinn | 18. 2. | 16. 2. | Nickel f. Inl. | 19. 2 | 16. 2. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| per Kasse | 69 | 67 | Zink nahe S. | 35½ | 35¼ | f. Ausfuhr | 130 | 130 |
| 3 Mon. | 69½ | 68 | do. entf. S. | 36 | 35¾ | Wolframerz | 150/ | 150 |
| Storngeb. | 66½ | 66 | Aluminium | 105 | 105 | Platin **) | 490/— | 490/— |
| Zinn p. Kasse | 193½ | 191½ | do. f. Ausf. | 105 | 105 | Silber | 30½ | 30¼ |
| do. p. 3 Mon. | 194½ | 193½ | Antim. Regul. | 24 | 24 | auf Lief | 30½ | 30¾ |
| Blei nahe S. | 28½ | 28¾ | Wolfbt. lose | 21 4 | 21 4 | Gold | 87,9 | 87,71 |
| do. entf. Sicht | 28½ | 28 | Quecksilber | 7 | 7 | do. Reinsilber | 72¾ | 73¼ |

Kupfer Elektrolyt 73—75 pCt. 74—76 pCt. do. Raffinat. 72—74 pCt. Best. 73½)
*) Spezial Hüttenpreis. **) Quasi 1st Spong. †) Quecksilber 10% 10%

## Der Dollar 23 250.

Der Devisenmarkt zeigte heute eine bemerkenswerte Festigkeit. Schon in den Vormittagsstunden wurden Dollarnoten zu höheren Kursen umgesetzt. Allerdings blieben die Umsätze vormittags sehr gering, und erst kurz vor der amtlichen Kursfeststellung trat eine Belebung des Marktes ein. Bei den führenden Devisenbanken lagen im Gegensatz zu den letzten Tagen überaus starke Kaufaufträge der Industrie vor, die das Kursniveau langsam, aber stetig in die Höhe trieben. Die Abgaben der Reichsbank, die allerdings nicht so umfangreich waren wie vor wenigen Tagen, hielten diese Kaufwelle nicht auf. Auszahlung New York notierte amtlich 23 250.

Am freien Dollarmarkt wurden Noten über 25 000 hinaus bezahlt.

Im weiteren Verlauf blieb die Tendenz sehr fest. Der Dollar schwankte um 1/2 Uhr zwischen 24 750 und 25 000. Von den sonstigen ausländischen Zahlungsmitteln sind Polennoten mit 62—63 etwas lebhafter gesucht.

**Berliner amtliche Devisenkurse.**

| Telegraph. Auszahlung an | Sorten | 20. 2. Geld | 20. 2. Brief | 19. 2. Geld | 19. 2. Brief |
|---|---|---|---|---|---|
| Reichsbank-Diskont: 12% | Zuschlag | | | | |
| Holland . . . . . 1 Gulden | 9% | 9103,18 | 9147,82 | 7831,37 | 7868,63 |
| Belgien . . . . . 1 Frank | 9% | 1236,9 | 1243,10 | 1047,37 | 1052,63 |
| Christiania . . . . . 1 Krone | 5 | 4314,18 | 4335,82 | 3690,75 | 3709,25 |
| Kopenhagen . . . . . 1 Krone | 5 | 4338,87 | 4361,13 | 3675,25 | 3693,75 |
| Schweden . . . . . 1 Krone | 4½ | 6134,50 | 6216,50 | 5261,81 | 5288,19 |
| Helsingfors . . . . . 1 finn. M. | 5 | 550,43 | 553,68 | 540,82 | 543,57 |
| Italien . . . . . 1 Lira | 9% | 1120,18 | 1127,82 | 947,62 | 952,38 |
| London . . . . . 1 Lstr. | 5 | 107979,37 | 108320,63 | 92787,5 | 93232,5 |
| New York . . . . . 1 Dollar | 4 | 23191,87 | 233 8,13 | 1986,25 | 19960,75 |
| Paris . . . . . 1 Frank | 5 | 14 2,47 | 1411,53 | 1192,61 | 1197,39 |
| Schweiz . . . . . 1 Frank | 4 | 4384,16 | 4403,84 | 3721,25 | 3734,25 |
| Spanien . . . . . 1 Peseta | 9% | 3640,87 | 3653,13 | 3117,16 | 3127,62 |
| Deutsch-Oesterr. abg. | 100 Kronen | 9 | 33,41 | 33,59 | 28,14 | 28,33 |
| Prag . . . . . | 1 Krone | 9 | 698,20 | 698,75 | 588,3 | 589,20 |
| Budapest . . . . . | 1 Krone | 9 | 8,57 | 8,63 | 7,33 | 7,37 |
| Buenos Aires . . . . | 1 Papierpeso | | 5826,62 | 6371,32 | 7331,62 | 7368,38 |
| Bulgarien . . . . . | 1 Lewa | 6% | 1 2,62 | 1 7,38 | 1174,5 | 1176,5 |
| Japan . . . . . | 1 Yen | | 11 7,26 | 11127,76 | 8575,01 | 8596,99 |
| Rio de Janeiro . . . . | 1 Milreis | | 2814,43 | 2831,57 | 2224,37 | 2235,63 |
| Jugoslawien . . . . . | 1 Dinar | | 228,43 | 229,57 | 191,52 | 192,48 |

## Nachfrage im Effektenverkehr.

Am Effektenmarkt ist die Devisenbewegung nicht ohne Einfluß geblieben. Zwar lagen heute vormittag nur wenige Aufträge des Publikums vor, doch muß es bemerkenswert, daß es sich meist um Käufe handelte, denen nur sehr wenig Verkaufsanträge gegenüberstanden. Man hörte im Freiverkehr durchweg höhere Kurse, von denen wir Phönix mit 60 000, Diamond mit 150 000, Dt. Bank mit 30 000, Dt. Petroleum mit 15 000 und Schantungbahnscheine mit 14 500—15 000 hervorheben. Nach Montanwerten bestand allgemein stärkeres Interesse, doch waren die Kurse meist nicht einwandfrei festzustellen. Gesucht waren ferner chemische Papiere und die Werte am Maschinenmarkt.

*

**Errichtung einer amtlichen Effektenbörse in Magdeburg.** Wegen der zunehmenden Bedeutung des Magdeburger Effektenverkehrs hat der Minister für Handel und Gewerbe auf Antrag der dortigen Handelskammer genehmigt, daß an Stelle der börsenartigen Versammlungen der dortigen Wertpapierbanken eine amtliche Effektenbörse tritt. Ferner hat die Handelskammer beschlossen, den bereits bestehenden börsenartigen Versammlungen für Roh- und Weltzucker, Molasse und Getreide, solche für den Landesprodukten-, Kohlen-, Eisen- und Chemikalienhandel anzugliedern. Die Zulässigkeit des Anschlusses weiterer Großhandelszweige offen gelassen. Diesen börsenartigen Versammlungen werden nach den amtlichen Kursfeststellungen für Wertpapiere durch die Banken, die Handelsvertreter der bereits genannten Warenzweige, Spediteure und Devisenmakler, die Versicherungsagenturen beiwohnen. Die Effektenbörse und die börsenartigen Versammlungen finden, abgesehen von denen für Zucker, Getreide und Kohlen, an jedem Werktage zwischen 1 und 2 Uhr statt. Außer den Wertpapierkursen werden auch Preise für Molasse, Getreide, Landesprodukten und Kohlen an der Börse festgestellt. Die amtlichen Wertpapierkurse werden in gemeinschaftlich mit den börsenartigen Versammlungen an 20. Februar veröffentlicht.

**Börsenruhetage in Köln.** Am Dienstag, 20. Februar, und Donnerstag, 22. Februar, findet in Köln keine Wertpapierbörse statt. Devisen werden dagegen notiert.

**Erhöhte Reichsbankgebühren.** Nachdem die Reichsbank zuletzt im April 1922 genötigt war, ihre Gebührensätze den veränderten Verhältnissen anzupassen, hat die fortschreitende Geldentwertung und außerordentliche Verteuerung des Postverkehrs und die ständig steigenden Betriebsausgaben der Reichsbank neuerdings eine Nachprüfung der seither geltenden Gebühren- und Mindestsätze erforderlich gemacht und zu einer Reihe von Erhöhungen geführt. Insbesondere sind die Gebühren für den Ein- und Auszahlungsverkehr und bei der Wechselhereinnahme sowie für verschiedene Depositen und Mündeldepots erhöht worden. Wegen der beiden letzteren ergeht noch besondere Bekanntmachung im Deutschen Reichsanzeiger. Die Aenderungen sind bei allen Zweiganstalten der Reichsbank zu erfahren.

**Errichtung einer Hessischen Landesbank.** Dem hessischen Landtag ist durch die Regierung ein Gesetzentwurf über die Errichtung einer hessischen Landesbank zugegangen, die durch die Regierung als Institut des selbständigen Landesrechts und eigenem Vermögen in Darmstadt errichtet werden soll. Die Regierung wird sich an dem Grundvermögen der Bank mit einem Betrag beteiligen, das den Wert von 50 000 Festmeter Nutzholz hält, etwa einer Milliarde Mark, entspricht, mindestens aber einer halben Milliarde Mark. Die Leitung der Bank untersteht der Aufsicht des Ministeriums der Finanzen. Des Direktorium ist einem Ministerium unterstellte Behörde; sein Präsident wird vom Ministerium ernannt. Der hessische Staat haftet für Verbindlichkeiten der Bank, neben dieser selbst, als Gesamtschuldner bis zur Höhe eines Betrages, der dem Wert von 50 000 Festmetern Nutzholz und 50 000 Festmetern Brennholz entspricht.

**Eine Londoner Banken-Fusion.** Wie der „Ha" meldet, werden sich die Bankhäuser Glyn, Mills, Currie & Co. und Holt & Co. miteinander verschmelzen. Beide Firmen nehmen unter den Londoner Privatbanken eine besondere Stellung ein; erwar Glyn, Mills, Currie & Co. als Bankiers der englischen Eisenbahngesellschaften, während Holt & Co., ähnlich wie Cox & Co., die Finanzierung der englischen Heeres- und Marinebedürfnisse betrieben. Der Chef des Hauses Holt, Sir Vesey Holt, tritt als geschäftsführender Direktor in die Firma Glyn, Mills, Currie & Co. ein, deren Hauptgeschäftsführer Lord Wolferton, Laurence Currie und Lord Hillingdon sind.

**Zwei neue Serien der sächsischen Kohlenanleihe.** Da die vom Freistaat Sachsen unlängst aufgelegte wertbeständige Kohlenanleihe sehr rasch 12-fach übergezeichnet worden ist, und deshalb stark repartiert werden muß, werden jetzt eine dritte und vierte Serien dieser Anleihe zu 250 000 To. zur Zeichnung aufgelegt werden. Der Zeichnungspreis wird der inzwischen eingetretenen Kohlenpreiserhöhung entsprechend 27 500 für 1 To. betragen. Um auch den weniger Bemittelten die Möglichkeit zur Zeichnung zu geben, wird als kleinster Betrag 1 To. gezeichnet werden können, während bei der ersten Zeichnung mindestens 2 To gezeichnet werden mußten.

**Weitere Handelsnachrichten siehe Hauptblatt 3. Seite.**


Verlag und Druck: Ullstein & Co. Berlin.